

Politische Medienbildung und Netzpolitik. Eine Re-Aktualisierung des ‚Diskurses der Informationsgesellschaft‘

Valentin Dander

Zusammenfassung des Beitrags

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Schnittmenge von Politischer Bildung und Medienbildung und argumentiert die spezifische Relevanz von Netzpolitiken als deren Kern. Dieser Versuch wird als Essay unternommen und nimmt seinen Ausgang in der jüngeren Geschichte der Mikroblogging-Plattformen Twitter und Mastodon. Daran anschließend wird Baackes Begriff „Diskurs der Informationsgesellschaft“ auf Netzpolitik|en bezogen, insofern damit die Aushandlung und demokratische Gestaltung von Bedingungen (digitaler) Öffentlichkeiten verstanden werden können. Abschließend werden (ethische und politische) Perspektiven einer (netz-)politischen Medienbildung skizziert, welche sich der Ermöglichung demokratischer, gleichheitlicher und pluraler (Online-)Öffentlichkeiten verpflichtet.

Schlüsselbegriffe: ● *Diskurs der Informationsgesellschaft* ● *Netzpolitik* ● *politische Medienbildung*

Einleitung

Wie der Call zu dieser Ausgabe der Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik verdeutlichte, gab es nach der Modellierung von Medienkompetenz durch Dieter Baacke zahlreiche Versuche der Reformulierung, Modifikation oder der Substitution von Medienkompetenz durch andere Modelle oder Begriffe. In vielen Fällen vollzog sich damit eine Fokussierung auf einen gewissen Teilbereich des Medialen (DigComp), eine bestimmte mediale Form (Visuelle Kompetenz, Bewegtbildung, data literacy), eine spezifische, etwa kritische Perspektivierung (critical media literacy, Datenkritik) oder den Hinweis auf Parallelen, Schnittmengen oder Synergien mit Zielkategorien benachbarter Bildungsbereiche (Informatische Bildung, Kulturelle Bildung, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, Politische Medienbildung etc.).

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit Konvergenzlinien zwischen Politischer Bildung und Medienbildung, die in den letzten Jahren an verschiedenen Stellen hervorgehoben wurden. Es wird argumentiert, dass und inwiefern Netzpolitik (vgl. Ganz 2017; Schmidt 2021) als spezifisches Feld des Politischen und Medialen ein besonders relevantes Feld Politischer Medienbildung markiert. In diesem wird nämlich die Ausgestaltung digital-vernetzter Infrastrukturen und Öffentlichkeiten zum Gegenstand der Aushandlung. Zudem überkreuzen sich in diesem

Feld soziale, kulturell-ästhetische, ökonomische, technische, rechtliche und andere Machtlinien. Anhand solcher Konstellationen werden ethische und politische Positionen einer (netz-)politischen Medienbildung konturiert.

Dieser Versuch wird im Folgenden in Form eines Essays unternommen und nimmt hierbei seinen Ausgang in der jüngeren Geschichte der Mikroblogging-Plattform Twitter (Abschnitt 1) und dem ‚freien Pendant‘ Mastodon (Abschnitt 2). Im anschließenden Abschnitt 3 wird Baackes Begriff „Diskurs der Informationsgesellschaft“ (Baacke 1996, S. 120) auf Netzpolitik|en bezogen, um in Abschnitt 4 abschließend (ethische und politische) Perspektiven einer (netz-)politischen Medienbildung zu formulieren.

1. Der ‚Twitter-Meltdown‘...

Der Mikroblogging-Dienst Twitter wurde 2006 gegründet und entwickelte sich seither sukzessive zu einer bedeutsamen Plattform für politische Online-Öffentlichkeiten. Die Zahl der aktiven Nutzer*innen reichte zwar auch zu Hochzeiten im Januar 2023 mit 436 Millionen Daily Active Users nicht an die Zahlen von Facebook oder Instagram heran: Facebook verzeichnete knapp 3 Milliarden, YouTube über 2,5 Milliarden und Instagram knapp 1,5 Milliarden Nutzende (vgl. statista 2023). Jedoch spielte Twitter als Plattform insbesondere für politische Diskurse eine herausragende Rolle, da sich viele Professionelle aus den Bereichen Politik, Journalismus und Wissenschaft auf Twitter artikulierten und austauschten.

Einige Eigenschaften teilt Twitter mit den meisten anderen großen kommerziellen Plattformen. So wird Twitter von einem privaten Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Staaten von Amerika betrieben, schaltet teilweise personalisierte Werbung in die Timeline der App-Nutzer*innen, um dadurch den Betrieb finanziell zu sichern, moderiert teils zu restriktiv, teils zu nachlässig und geriet z. B. aufgrund des Umgangs mit Datenschutz und -sicherheit in die Kritik (vgl. Fanta 2020). Allerdings hob sich Twitter von anderen Plattformen in mancher Hinsicht ab, indem es gewisse Eigenlogiken auf dem Social-Media-Markt aufwies: So betrieb Twitter eine teilweise geöffnete Programmierschnittstelle (API, application programming interface), die den Content und auch die digitalen Infrastrukturen für Externe zur Nutzung erschloss. Twitter konnte so beispielsweise intensiv beforscht werden – mit allen damit einhergehenden Problemen – und war für Apps von ‚third parties‘ relativ zugänglich. Nutzer*innen waren nicht auf die Twitter-App beschränkt, um die Social-Media-Plattform zu nutzen, konnten relativ leicht Bot-Programme andocken oder Inhalte aus anderen Plattformen automatisiert posten lassen. Die Offenheit zeichnete Twitter allgemein mit Blick auf den Content aus: Per default sind zunächst alle Postings öffentlich verlink- und einsehbar – auch ohne Registrierung auf der Plattform.¹ Zudem bemühte sich Twitter an verschiedenen Stellen, Hass im Netz oder Desinformation anhand von Regulierung und Sanktionierung einzudämmen und entgegenzutreten – dem Anschein nach konsequenter als etwa Facebook oder YouTube. Für besondere Aufmerksamkeit sorgte etwa die Sperrung des Accounts des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump aufgrund von Postings im Zusammenhang mit dem Sturm auf das Kapitol in Washington D.C. Anfang 2022.

¹ Interaktionen sind hingegen angemeldeten User*innen vorbehalten und der Zugang zu Tweets über den Browser ohne Anmeldung ist nur eingeschränkt möglich.

Warum, so fragen sich Lesende hier womöglich, ist der Abschnitt zuvor in der Vergangenheitsform formuliert? Twitter als Unternehmen und als Plattform existiert noch und kann weiterhin genutzt werden. Und tatsächlich sind einige der oben genannten Aspekte auch zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen, also im Februar 2023, noch aktuell. Allerdings hat sich Twitter aufgrund neuer Eigentums- und Entscheidungsverhältnisse seit Herbst 2022 deutlich verändert: Im April letzten Jahres verkündete der CEO von Tesla und SpaceX, Elon Musk, der zu diesem Zeitpunkt zudem als reichster Mensch der Erde gehandelt wurde, dass er Twitter für etwa 43 Milliarden Dollar ganz aufkaufen würde (vgl. Stringer/Hatmaker 2022). Dass der TechCrunch-Artikel von April 2022 (mit Updates vom Juli) bereits mit einer „complete timeline of the Elon Musk-Twitter saga“ titelt, zeugt davon, dass die Übernahme bereits vor dem faktischen Kauf, der erst Ende Oktober 2022 stattfand, von einigen Kontroversen und Streitigkeiten begleitet war – u. a. vor Gericht (vgl. Stringer/Hatmaker 2022).

Ab dann begann schließlich der zweite Teil der ‚Saga‘, indem Elon Musk unmittelbar mit drastischen Maßnahmen seine neue Funktion als CEO von Twitter ausagierte: Tausende Angestellte, inklusive leitender Personen in zentralen Abteilungen wurden gefeuert oder verließen aus eigenen Stücken das Unternehmen. Der neue CEO machte vor allem mit spontanen Entscheidungen von sich reden, die mitunter über Nacht wieder revidiert wurden – so etwa ein neues Bezahlsystem für blaue Häkchen zur Bestätigung von Identitäten, dessen Dysfunktionalität rasch von Trollen und Spaßvögeln offengelegt wurde, oder Home-Office-Regelungen für Mitarbeiter*innen u. v. m. Viele Nutzer*innen verließen die Plattform, löschten oder deaktivierten ihre Accounts² oder wurden passiver, während zahlreiche Rechtsextreme und Rechtslibertäre auf die Plattform strömten. Über die Rückkehr von Donald Trump hielt Musk in der Manier eines scheidemokratischen Absolutisten ein eigenartiges ‚Twitter-Plebizit‘ ab, dessen Ergebnis knapp für eine Wiederaufnahme von Trumps Account ausfiel (vgl. Meineck 2022b). Nach einer intensiveren Phase des *Deplatforming* (vgl. Fielitz/Schwarz 2020) wurde also eine größere Social-Media-Plattform im Sinne eines Replatforming wieder für rechte und menschenverachtende Personen und Communities geöffnet und diese damit aus den eingeschränkten Teilöffentlichkeiten wie Telegram, truth.social etc. zurückgeholt. Elon Musk positionierte sich von Beginn des Übernahmeprozesses an explizit öffentlich als Vertreter eines weiten Verständnisses von Meinungsfreiheit (vgl. O’Sullivan/Duffy 2022). Während hier eine unliebsame politische Öffnung vollzogen wurde, folgten im Jahr 2023 technische Schließungen: Zum einen wurde der Zugang von Third-Party-Apps auf Twitter stark eingeschränkt; zum anderen folgte Anfang Februar die Ankündigung, dass die kostenlose API, an die ein ganzes Ökosystem von Programmen, Programmierer*innen und Forschenden angeschlossen ist, abgeschaltet wird (vgl. Reuter 2023). Twitter wird also in dieser Hinsicht zu einem ummauerten Garten (‚walled garden‘), wie die meisten anderen kommerziellen Plattformen. Eine weitreichende Interoperabilität, die die Kommunikation mit anderen Programmen ermöglicht, wird Geschichte. Plattformmacht und Kontrollregime auf der Ebene von Infrastruktur und Zugang (zu Plattform und Datenbank) sollen abgesichert werden (vgl. Seemann 2021, S. 120–144).

² Alleine in den ersten Tagen nach Musks Übernahme wurden fast 900.000 Accounts deaktiviert (vgl. Meineck, 2022a).

2. ...und neue Hoffnung für freie soziale Netzwerke

Bis hierhin liest sich die jüngere Twitter-Chronik für viele Nutzer*innen, die dort ihr Social Media- und allgemein ihr öffentliches Zuhause fanden, wie ein Realität gewordener Alptraum. Allgemein ist diese Entwicklung ein gravierender Einschnitt für politische Online-Öffentlichkeiten, denn, wie Meineck (2022a) auf netzpolitik.org schreibt und mit einem Text von Jungherr (2017) zur Social Media-Nutzung in politischen Wahlkämpfen belegt: „Twitter ist ein zentraler Schauplatz der politischen Debatte, der die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen kann. Bei Twitter ist gerade vieles im Umbruch, und sicher ist nur eines: Das geht jetzt so weiter.“

Allerdings kann dieser Krisensituation Positives abgewonnen werden. Denn mit dem Umbruch auf Twitter ging ein Aufschwung anderer, nicht-kommerzieller, dezentraler Kommunikations- und Community-Strukturen im Internet einher. In erster Linie trifft dies auf die Software Mastodon zu, die von den Grundfunktionen Twitter zwar vordergründig ähnelt, in puncto Infrastrukturdesign und Besitzverhältnisse jedoch deutliche Unterschiede aufweist. Mastodon wurde 2016 als gemeinnützige GmbH in Deutschland gegründet und wird seither in dieser Rechtsform betrieben. Die Software ist frei lizenziert, open source und setzt auf Dezentralität (vgl. Mastodon gGmbH 2023). Wie andere dezentrale soziale Netzwerke setzt Mastodon mit *OStatus* auf ein offenes Protokoll, das die Kommunikation mit Nicht-Mastodon-Servern erlaubt. Alle Netzwerke, die sich über diesen Weg föderal zusammengeschlossen haben, werden gemeinsam als „Fediverse“ bezeichnet (Wikipedia 2023a). Es gibt nicht einen großen Mastodon-Server, sondern eine wachsende Zahl davon. Somit ist das Kontrollregime bewusst sehr gering ausgeprägt: Jederzeit kann ein eigener Server betrieben oder das eigene Profil zu einem anderen bestehenden Server umgezogen werden. Im Zeitraum von einem Jahr zwischen Januar 2022 bis Januar 2023 stieg laut Wikipedia (unter Berufung auf einen „User Count Bot“ auf Mastodon) die Nutzer*innenzahl aller bekannten Mastodon-Instanzen von etwa 3,5 Millionen auf mehr als 9 Millionen User*innen (oder zumindest Accounts) sowie die Zahl der Instanzen von etwa 2.600 auf mehr als 17.000 (vgl. Wikipedia 2023b).

Die prinzipielle technische Offenheit bringt zwar die Schwierigkeit mit sich, dass beispielsweise auch Neonazis die quelloffene Infrastruktur nutzen können. In diesen Fällen besteht jedoch die Option zu ‚deföderieren‘ – also Verbindungen zu solchen Servern zu blockieren, wie bereits geschehen (vgl. Beckedahl 2022a), um Server mit bewusst unzureichender Content-Moderation zu isolieren und ihren Hassbotschaften weder Raum zu geben noch potenziell davon Betroffenen Raum zu nehmen (vgl. Robertson 2019; Schmidt 2021, S. 99–101). Eine andere Herausforderung besteht darin, dass die verschiedenen unabhängigen Mastodon-Instanzen nicht notwendig demokratisch organisiert sind. Theoretisch können Einzelpersonen oder Nicht-Regierungs-Organisationen im weitesten Sinne eine Instanz ebenso betreiben wie öffentlich organisierte oder finanzierte Stellen (vgl. Beckedahl 2022a).³ Während anarchistische, institutionsskeptische und linkslibertäre Positionen eher für unabhängige und staatsferne digitale Infrastrukturen sprechen, gibt es auch einen anhaltenden Diskurs über „Public Service Media“, wie im gleichnamigen Manifest ausgeführt (Fuchs/Unterberger 2021). Pate für dieses Modell steht im weiteren Sinne der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

³ Der Wirtschaftswissenschaftler Leonhard Dobusch etwa plädiert dafür, dass Bildungsinstitutionen wie Hochschulen sich nicht nur als Nutzer*innen, sondern auch strukturgebend im Fediverse einbringen (vgl. Dobusch 2023).

Zusammenfassend lässt sich aus dieser jüngsten Episode netzpolitischer Entwicklungen festhalten, dass, entgegen den Entwicklungen seit der Ablösung des Web 2.0 (mit weitestgehend freien Lizenzen, offenen Quellcodes, Schnittstellen und Protokollen) durch kommerzielle soziale Netzwerke (und im Zuge dessen ihre technische und rechtliche Einhegung) wieder eine Bewegung hin zu einer Öffnung und De-Kommerzialisierung sozialer Netzwerke stattfand. Fragen der Dezentralität, der Nicht-Kommerzialität, der demokratischen Gestaltung und Kontrolle, transparenter technischer Infrastrukturen, gemeinwohlorientierter Zielsetzungen, Werbefreiheit, Datensparsamkeit, einer familiären Debattenkultur jenseits von Hassrede wie auch die Auswirkungen all dieser Aspekte auf politische Online-Öffentlichkeiten etc. wurden zum Thema. Für viele Nutzer*innen war es die Gelegenheit, darüber zu reflektieren und ihre eigenen Nutzungspraktiken zu ändern. Obwohl diese Aspekte teilweise ebenso auf Mastodon oder in anderen Teilen des Fediverse Probleme bereiten und der Exodus von Twitter keineswegs die Mehrheit der Nutzenden betraf, lagen Hoffnung und Aufbruchstimmung in der Luft. Und schließlich sieht sich auch das neue Twitter unter Elon Musk den verschärften Regulierungen des EU-Rechts ausgesetzt, ist also nicht völlig von Kontrolle freigespielt (vgl. Beckedahl 2022b; Rudl 2023).

3. Netzpolitik|en und Baackes „Diskurs der Informationsgesellschaft“

Ausgehend von diesem Beispiel gilt es nun, die Verbindungslinien und die Relevanz für eine Re-Thematisierung des Medienkompetenz-Modells von Dieter Baacke aufzuzeigen. Ausgangspunkt ist hier insbesondere eine Randnotiz in einem der meistzitierten Texte zur Medienkompetenz (vgl. Baacke 1996). Hier hält Baacke im Anschluss an die Beschreibung der vier Dimensionen von Medienkompetenz und deren Unteraspekte fest, dass das Konzept nicht „subjektiv-individualistisch“ verkürzt verstanden, sondern „ein Gestaltungsziel auf überindividueller, eher gesellschaftlicher Ebene“ anvisiert werden solle, „nämlich de[r] ‚Diskurs der Informationsgesellschaft‘. Ein solcher Diskurs würde alle wirtschaftlichen, technischen, sozialen, kulturellen und ästhetischen Probleme einbeziehen, um so die ‚Medienkompetenz‘ auf dem laufenden [sic!] zu halten“ (Baacke 1996, S. 120).

Mit Blick auf das Internet scheint mir, dass das, was gemeinhin unter Netzpolitik verstanden wird, gegenwärtig einen Großteil dessen ausmacht, was Baacke mit „Diskurs der Informationsgesellschaft“ bezeichnete. Die Einschränkungen bestehen freilich darin, dass das Internet mit all seinen Schichtungen und Anwendungen nur einen Teil der gesamten Medienlandschaft einnimmt, wenn auch einen großen. Zudem taucht in der nachgestellten Aufreihung von Problemdimensionen zwar die ästhetische, nicht aber die politische auf. Ohne dies hier weiter vertiefen zu können, lässt sich mit den theoretischen Bezügen etwa auf Habermas gut begründen, warum gerade im Diskursbegriff Baackes selbst die mediale Form des Politischen als (verständigungsorientierte) Aushandlungsprozesse aufgerufen wird (vgl. Baacke 1975; Barberi 2017).

Netzpolitik im engeren Sinne wird meist verstanden als „Politik für das Internet“ (Schmidt 2021, S. 36), also als die politischen Aushandlungsprozesse zur Regulierung des Internets im politischen System. Mit einem weiten Begriff von Politik, der allen gesellschaftlichen Verhältnissen eine politische Dimension zuschreibt, wären zusätzlich „Regulierungsprozesse, Diskurse oder Aushandlungen von Macht und Zugängen im und um das Internet, die nicht von

staatlichen Strukturen ausgehen, als politische Prozesse zu verstehen“ (Schmidt 2021, S. 36). Somit sind zivilgesellschaftliche und kommerzielle Akteur*innen gleichermaßen am netzpolitischen Geschehen beteiligt. Klassische Themen einer solchen Netzpolitik für das Internet sind Überwachung, verschiedene Formen digitaler Gewalt in digitalen und durch digitale Infrastrukturen, Umgang mit Desinformation, digitale Ungleichheiten, Urheberrecht (vgl. Verständig/Biermann 2017, S. 5–8) oder ganz allgemein „digitale Freiheitsrechte“, wie es die Redaktion des Blogs netzpolitik.org formuliert (netzpolitik.org 2021). Francesca Schmidt rechnet „Politik mit dem Internet“ als zweiten Strang zum Feld der Netzpolitik (Schmidt 2021, S. 38 f.). Gemeint ist hier der Einsatz ‚des Internets‘ für politische Zwecke (Mobilisierung, Politisierung, Kampagnenarbeit, Wahlkampf etc.). Das Internet wird somit weniger zum Gegenstand von Politik, sondern vorrangig zu ihrem Mittel – etwa von sozialen Bewegungen (vgl. Dolata/Schrape 2018). Schnittmengen zwischen beiden Sphären bestehen beispielsweise, wenn in Online-Statements gegen Upload-Filter in sozialen Netzwerken demonstriert wird.

Unter Verweis auf andere Aspekte von Medienkompetenz nach Baacke (vgl. 1996, S. 120) wird deutlich, inwieweit netzpolitische Praktiken Fähigkeiten sowohl erfordern als auch fördern. So sind analytische, reflexive und ethische Medien-Kritik grundlegend, um in netzpolitischen Debatten Gegenstände und Problemfelder erfassen und Positionen beziehen (und entsprechend auch vertreten) zu können. Informative Medien-Kunde, also faktenorientierte Wissensbestände über ‚die Medien‘ gehen eng mit der analytischen Medien-Kritik einher, weil sie die Grundlage für weitere Überlegungen bieten – z. B. indem Wissen über werbebasierte Finanzierungs- und Monetarisierungsmodelle von Social Media-Plattformen die Grundlage für Überlegungen zu Alternativen darstellt. Eine instrumentell-qualifikatorische Dimension wäre eher für eine Politik *mit* dem Internet relevant, rückt für eine Netzpolitik *für* das Internet jedoch in den Hintergrund. Dies gilt ähnlich für die gesamte Dimension der Medien-Nutzung. Die Internetnutzung für Informationszwecke oder für den Austausch zu netzpolitischen Themen wären hier gegebenenfalls zu nennen. Insofern innovative Medien-Gestaltung so ausgelegt werden kann, dass etwa Plattformen in demokratischen Aushandlungsprozessen mitgestaltet werden (zumindest in Teilen unabhängig von profunden technischen Kenntnissen), erweist sich auch diese Teildimension als relevant für eine netzpolitische Re-Lektüre Baackes.

In all diesen Fällen liegt die Zielsetzung der Kategorie Medienkompetenz nicht alleine im Kompetenzerwerb der einzelnen, sondern adressiert ein überindividuelles Gestaltungsziel, das gerade im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess zu all diesen netzpolitischen Themen liegt und weniger in einem bestimmten Ergebnis des Prozesses. Das Erreichen dieses Zieles erfordert jedoch die oben genannten Aspekte von Medienkompetenz sowie die einzelnen Menschen als Diskursteilnehmer*innen. Insofern diese Zielsetzung eine andere Stoßrichtung markiert als andere Strömungen medienpädagogischer Diskurse, möchte ich die bisherigen Überlegungen zum Ausgangspunkt für einen groben Entwurf einer Politischen Medienbildung nehmen.

4. Perspektiven einer Politischen Medienbildung

Dass Medienbildung und politische Bildung Schnittmengen und teilweise ähnliche Zielsetzungen aufweisen, ist weitgehend unbestritten (vgl. Bröckling/Radoslavov/Erdmann 2021; Gapski/Oberle/Staufer 2017; Möller/Lange 2021; Zentralen für politische Bildung 2022). Antworten auf die Fragen, worin genau diese Schnittmengen bestehen, welchen Stellenwert

sie in Relation zu anderen medienpädagogischen Zielperspektiven einnehmen können und wer – also welche Disziplinen und Bildungsbereiche – diesbezüglich prioritär Zuständigkeit und Deutungsmacht für sich reklamieren kann, sind jedoch umso umstrittener. In einer Broschüre des JFF-Büro Berlin für den Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e. V. werden etwa drei große Zielbereiche mit jeweils drei Teilzielen angeführt, die als „Schnittstelle“ von Demokratie- und Medienbildung identifiziert werden: „Bearbeitung politischer Themen und Förderung von Meinungsbildung und Urteilsfähigkeit, Auseinandersetzung mit medialer Diskurskultur und Reflexion der eigenen digitalen Kommunikation, Förderung von Partizipation durch Handlungsfähigkeit in und mit Medien“ (Bröckling/Radoslavov/Erdmann 2021, S. 4 f.).

Mit Schwerpunkten in (1) politischen Themen und der Meinungs- und Urteilsbildung hierzu, (2) in soziotechnischen Bedingungen und Kulturen digitaler Online-Kommunikation, inklusive politikbezogener Medienphänomene sowie (3) verschiedenen Modi der Politik und Partizipation mit Medien werden Ziele benannt, die ‚den Medien‘ und ‚der Politik‘ jeweils im Wechsel eine höhere Relevanz als Thema, Inhalt und Wissensbestand oder als Modus, Verfahrensweise und Fähigkeit zuweisen. Adressiert werden mit der Broschüre insbesondere medienpädagogische Fachkräfte, obwohl die Relationierung der beiden Bildungsbereiche beinahe gleich gewichtet wird.

Auf Seite der politischen Bildung kann ein Positionspapier der Zentralen für politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden, das mit April 2022 datiert ist (vgl. Zentralen für politische Bildung 2022) und titelgebend „Politische Medienbildung“ zum Gegenstand hat. Bereits im ersten Satz wird das Ziel formuliert, darzulegen, „warum eine rein medienpädagogisch ausgerichtete Medienbildung für politische Bildungsziele nicht ausreichend ist“, warum also eine Verknüpfung gesucht werden müsse. Unter anderem beziehen sich die Autor*innen hierbei auf den 16. Kinder- und Jugendbericht, in welchem diese Verbindung unter dem Stichwort Jugendmedienschutz ebenfalls angemahnt wird: „Politische Bildung und Medienbildung sollten im Verbund und im Zusammenhang interpretiert und praktiziert werden. Kritische Medienbildung ist immer kritische politische Bildung und umgekehrt“ (BMFSFJ 2020, S. 327). Gleichwohl wird im Papier der Zentralen für politische Bildung (2022, Abschnitt 1) festgestellt und moniert, dass „die spezifische politische Bildungsperspektive [...] allzu oft unter dem Deckmantel der Medienpädagogik mitabgehandelt“ werde. In Zusammenführung der Zielkategorien Medienkompetenz (eng an Baacke orientiert) und politischer Kompetenz werden sodann in drei großen Bereichen Teilkompetenzen benannt, die eine politische Medienbildung vermitteln sollen:

- Sachkompetenz: Digital- und Medienkunde, sachgerechte Mediennutzung (Information und Recherche), selektive Nutzung digitaler Medien (bewusste Kommunikation und Information für politische Teilhabe);
- Urteilskompetenz: Nutzung politischer Medieninhalte, Medienkritik, Digitalkunde;
- Handlungskompetenz: Kommunikative Handlungskompetenz, Wahrung von Grundrechten, partizipative Handlungskompetenz;

Die Zentralen für politische Bildung halten in diesem Zusammenhang fest: „Der Fokus auf das Politische in der politischen Medienbildung ist zentral. Dabei gilt es sowohl legislative Prozesse

als auch gesellschaftliche Aushandlungen zu thematisieren“ (Zentralen für politische Bildung 2022, Abschnitt 3). Eine solche Emphase des Politischen in der (nicht nur politischen) Medienbildung, die bei Akteur*innen der politischen Bildung nicht überrascht, möchte ich aus Perspektive der Medienpädagogik unterstreichen. Zudem scheint mir schlüssig, dass sich dies mit Baackes Ziel eines ‚Diskurses der Informationsgesellschaft‘ stützen lässt.

Das zugespitzte Argument erfordert es, dass eine analytische Trennung von sozial-kommunikativen, ästhetischen, technischen, ökonomischen, rechtlichen und eben politischen Aspekten von Medienbildung vorgenommen wird. Dass zwischen all diesen Ebenen Schnittmengen bestehen, wie auch zwischen politischer und Medienbildung allgemein, darf als gesetzt begriffen werden. Es geht dabei um Fokussierungen, nicht um eine Bewegung kategorischer thematischer Exkludierung.

Die Bewegung von Medienbildung zu einer politischen Medienbildung verläuft hierbei in zwei Richtungen: Zum einen haben wir es mit einer Ausweitung des Gegenstandsbereichs medienpädagogischer Bemühungen zu tun: Zusätzlich zur medialen Dimension gerät zunächst die gesamte Sphäre des Politischen in den Blick. Zum anderen engt die Perspektive politischer Medienbildung den medienpädagogischen Blick ein, insofern damit kreative, kulturell-ästhetische, technische oder andere Aspekte eher indirekt thematisch werden. An der Relationierung von Netzpolitiken mit den Dimensionen der Baacke’schen Medienkompetenz (vgl. Abschnitt 3) wurde bereits deutlich, dass eine Fokussierung des (netz- oder medien-)politischen Aspekts Schwerpunkte geradezu komplementär zu einer technikorientierten Ausrichtung von Medienbildung setzt.

Indirekt gerät, um ein Beispiel zu skizzieren, die technische Seite in den Blick, wenn beispielsweise algorithmische Plattformlogiken überzogenen populistischen und verschwörungsideologischen Botschaften auf Plattformen wie YouTube einen strategischen Vorteil verschaffen. Eng damit verbunden sind in der Folge etwa ökonomische Interessen der Plattformunternehmen, insofern mehr Traffic (durch affektgeleitete Botschaften) mehr Einnahmen bedeutet. Ästhetische Relevanz weist ein solches Beispiel auf, weil die Botschaften auf eine bestimmte Weise gestaltet sind, die auf maximalen affektiven Effekt zielen und weniger das vernünftige Argument bedienen wollen.

Im Zusammenwirken dieser verschiedenen Dimensionen würde eine solche politische Medienbildung jedoch in erster Linie einem (netz-)politischen Diskurs der Informationsgesellschaft zuarbeiten wollen, insofern das durchaus normative Ziel die möglichst umfängliche Ermöglichung eines solchen im Sinne der Inklusion, der Gleichheit, der Pluralität und einer lebendigen, sich je im Prozess befindlichen Demokratie wäre: Die *Infrastrukturen* (Software, Hardware, Plattformen, Protokolle etc.) wären demnach so zu gestalten, dass möglichst allen die (technische) Teilhabe an und der Zugang zu einem solchen Diskurs offensteht – unbeschadet von digitaler Überwachung und Kommodifikation. Hiermit werden Themen wie digitale Ungleichheit entsprechend einem zero-level und first-level digital divide aufgerufen (vgl. Verständig/Klein/Iske 2016; Zillien 2018). Aspekte wie Nicht-Kommerzialität, Datensparsamkeit, Interoperabilität, Netzneutralität und offene Quellcodes spielen also eine wichtige Rolle. Auf einer weiteren Ebene wird der egalitäre Zugang zu Inhalten, zu Kulturgütern adressiert, der engen Grenzen des Copyrights und des Digital Rights Managements entgegensteht.

Die anzulegenden *Fähigkeiten* und auch die *Motivation* der Einzelnen im Sinne eines second-level digital divide (vgl. Hargittai 2002; Iske et al. 2007) sind ebenfalls erforderlich für einen solchen gleichen Zugang zur Beteiligung – und markieren gewissermaßen das ‚Kerngeschäft‘ der Medienpädagogik. Allerdings reicht diese (netz-)politische Beteiligung über digitale und mediale Öffentlichkeiten hinaus. Im Vordergrund steht eine ‚Politik für das Netz‘, die aber nicht immer eine ‚Politik mit dem Netz‘ ist (als ein Gegenbeispiel vgl. zu Demonstrationen gegen Uploadfilter Kleinz 2019).

In konkreten Online-Öffentlichkeiten verlangt eine ethische netzpolitische Perspektive nachdrücklich nach einer unbeschädigten Teilnahme an multiplen Diskursgeschehen. Hier setzen *Bemühungen gegen Hate Speech* – Verhetzung, Beleidigungen und andere abwertende Sprache – sowie andere Formen *digitaler Gewalt* an, die andere Teilnehmer*innen aus diesen Diskursräumen zu drängen suchen. Diese kann und muss auf verschiedenen Ebenen stattfinden: durch Gesetzgebung, Plattform-interne Moderation, zivilgesellschaftliche Interventionen oder durch individuelle und vor allem auch kollektive Gegenmaßnahmen von Diskursteilnehmer*innen.

Während diese Aspekte auch grundlegend für die Schnittmenge von politischer Bildung und Medienbildung bedeutsam sind, ist es das Feld der Netzpolitik, das die wechselseitige Bezugnahme besonders nahelegt, weil eine unmittelbare Bezugnahme von Form und Inhalt, von Mitteln und Zielen, von Politik und Medien wie auch von Medien und Politik hergestellt werden kann und somit – mehr als an den vielen anderen Stellen – die organische Verknüpfung beider Bildungsbereiche einleuchtend gemacht werden kann.

Gleichzeitig verweist eine solche Zielperspektive auf die inhärente Politizität von Medienpädagogik als Reflexions- und Handlungswissenschaft. Denn auch jenseits von Forschung und konkreten Bildungsangeboten, aber auch jenseits von Wissenschafts- und Bildungspolitik im engeren Sinne, gilt es, sich als medienpädagogische Fachcommunity, als Forschende wie auch als Bildungspraktiker*innen, in netz- und medienpolitische Diskurse einzumischen, um die oben formulierten Ansprüche mit starker Stimme zu vertreten.

Literatur

- Baacke, Dieter (1975): Kommunikation und Kompetenz. Grundlegung einer Didaktik der Kommunikation und ihrer Medien. München: Juventa.
- Baacke, Dieter (1996): Medienkompetenz – Begrifflichkeit und sozialer Wandel. In: von Rein, Antje (Hrsg.): Medienkompetenz als Schlüsselbegriff. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 112–124.
- Barberi, Alessandro (2017): Medienpädagogik als Sozialtechnologie im digital-kybernetischen Kapitalismus? Kybernetik, Systemtheorie und Gesellschaftskritik in Dieter Baackes Kommunikation und Kompetenz. In: MedienPädagogik, 27, S. 173–209. [dx.doi.org/10.21240/mpaed/27/2017.04.07.X](https://doi.org/10.21240/mpaed/27/2017.04.07.X).
- Beckedahl, Markus (2022a, Dezember 25): Irgendwas mit Internet: Twitter vs. Mastodon – ein Rück- und Ausblick. In: [netzpolitik.org. netzpolitik.org/2022/irgendwas-mit-internet-twitter-vs-mastodon-ein-rueck-und-ausblick](https://netzpolitik.org/2022/irgendwas-mit-internet-twitter-vs-mastodon-ein-rueck-und-ausblick).
- Beckedahl, Markus (2022b, Oktober 28): Elon Musk: Twitter-Übernahme wird zum Präzedenzfall für Plattformregulierung. In: [netzpolitik.org. netzpolitik.org/2022/elon-musk-twitter-uebernahme-wird-zum-praecedenzfall-fuer-plattformregulierung](https://netzpolitik.org/2022/elon-musk-twitter-uebernahme-wird-zum-praecedenzfall-fuer-plattformregulierung).
- BMFSFJ (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bröckling, Guido/Radoslavov, Stoyan/Erdmann, Julian (2021): Medien- und Demokratiebildung.

- Leitfaden für die pädagogische Praxis. Potsdam: lmb – Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e.V. [medienbildung-brandenburg.de/wp-content/uploads/2021/04/medien_und_demokratiebildung_FINAL.pdf](https://www.medienbildung-brandenburg.de/wp-content/uploads/2021/04/medien_und_demokratiebildung_FINAL.pdf).
- Dobusch, Leonhard (2023, Januar 29): Aufruf: Hochschulen aller Länder ins Fediverse! In: [netzpolitik.org](https://netzpolitik.org/2023/aufruf-hochschulen-aller-laender-ins-fediverse). netzpolitik.org/2023/aufruf-hochschulen-aller-laender-ins-fediverse.
- Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix (2018): Kollektivität und Macht im Internet: Soziale Bewegungen – Open Source Communities – Internetkonzerne. Wiesbaden: Springer VS.
- Fanta, Alexander (2020, Dezember 16): DSGVO-Strafe: Twitter zahlt für Datenleck nur 450.000 Euro. In: [netzpolitik.org](https://netzpolitik.org/2020/dsgvo-strafe-twitter-zahlt-fuer-datenleck-nur-450-000-euro). netzpolitik.org/2020/dsgvo-strafe-twitter-zahlt-fuer-datenleck-nur-450-000-euro.
- Fielitz, Maik/Schwarz, Karolin (2020): Hate Not Found. Das Deplatforming der extremen Rechten und seine Folgen. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). [idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Hate_not_found/WEB_IDZ_FB_Hate_not_Found.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Hate_not_found/WEB_IDZ_FB_Hate_not_Found.pdf).
- Fuchs, Christian/Unterberger, Klaus (2021): The public service media and public service Internet manifesto. Westminster: University of Westminster Press.
- Ganz, Kathrin (2017): Vom freien Internet zur postdigitalen Gesellschaft. Politische Ökonomie im Diskurs der Netzbewegung. In: *Prokla*, 186, S. 27–42.
- Gapski, Harald/Oberle, Monika/Stauber, Walter (2017): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hargittai, Eszter (2002): Second-Level Digital Divide: Differences in People’s Online Skills. In: *First Monday*, 7(4), o. S.. [firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/942](https://www.firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/942).
- Iske, Stefan/Klein, Alexandra/Kutscher, Nadia/Otto, Hans-Uwe (2007): Virtuelle Ungleichheit und informelle Bildung. Eine empirische Analyse der Internetnutzung Jugendlicher und ihre Bedeutung für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. In: *Kompetenzzentrum Informelle Bildung* (Hrsg.): *Grenzenlose Cyberwelt? Zum Verhältnis von digitaler Ungleichheit und neuen Bildungszugängen für Jugendliche*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–91. [dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90519-8_4](https://doi.org/10.1007/978-3-531-90519-8_4).
- Jungherr, Andreas (2017, Oktober 9): Einsatz digitaler Technologie im Wahlkampf. In: [bpb.de](https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/medienkompetenz-schriftenreihe/257600/einsatz-digitaler-technologie-im-wahlkampf). [bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/medienkompetenz-schriftenreihe/257600/einsatz-digitaler-technologie-im-wahlkampf](https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/medienkompetenz-schriftenreihe/257600/einsatz-digitaler-technologie-im-wahlkampf).
- Kleinz, Torsten (2019, Februar 16): „Wir sind die Bots“ – über 1000 demonstrieren gegen Artikel 13. In: *heise online*. [heise.de/newsticker/meldung/Wir-sind-die-Bots-ueber-1000-demonstrieren-gegen-Artikel-13-4311105.html](https://www.heise.de/newsticker/meldung/Wir-sind-die-Bots-ueber-1000-demonstrieren-gegen-Artikel-13-4311105.html).
- Mastodon gGmbH (2023): The company behind Mastodon. joinmastodon.org/about.
- Meineck, Sebastian (2022a, November 11): Überblick: Zwei Wochen Twitter-Chaos unter Elon Musk. In: [netzpolitik.org](https://netzpolitik.org/2022/ueberblick-zwei-wochen-twitter-chaos-unter-elon-musk). netzpolitik.org/2022/ueberblick-zwei-wochen-twitter-chaos-unter-elon-musk.
- Meineck, Sebastian (2022b, November 25): Twitter-Amnestie: Elon Musk holt die Rechtsextremen zurück. In: [netzpolitik.org](https://netzpolitik.org/2022/twitter-amnestie-elon-musk-holt-die-rechtsextremen-zurueck). netzpolitik.org/2022/twitter-amnestie-elon-musk-holt-die-rechtsextremen-zurueck.
- Möller, Lara/Lange, Dirk (2021): Das Digitale und das Politische. Alltags- und subjektorientierte Zugänge der Politischen Bildung. In: Möller, Lara/Lange, Dirk (Hrsg.): *Augmented Democracy in der Politischen Bildung: Neue Herausforderungen der Digitalisierung*. Wiesbaden: VS, S. 101–110. doi.org/10.1007/978-3-658-31916-8.
- netzpolitik.org. (2021, April 28): Über uns. In: netzpolitik.org/ueber-uns.
- O’Sullivan, Donie/Duffy, Clare (2022, Oktober 28): Elon Musk has taken control of Twitter and fired its top executives. In: *CNN*. [cnn.com/2022/10/27/tech/elon-musk-twitter/index.html](https://www.cnn.com/2022/10/27/tech/elon-musk-twitter/index.html).
- Reuter, Markus (2023, Februar 2): Ende der kostenlosen API: Musk zerstört, was Twitter groß gemacht hat. In: [netzpolitik.org](https://netzpolitik.org/2023/ende-der-kostenlosen-api-musk-zerstoert-was-twitter-gross-gemacht-hat). netzpolitik.org/2023/ende-der-kostenlosen-api-musk-zerstoert-was-twitter-gross-gemacht-hat.

- Robertson, Adi (2019, Juli 12): How the biggest decentralized social network is dealing with its Nazi problem. In: The Verge. [theverge.com/2019/7/12/20691957/mastodon-decentralized-social-network-gab-migration-fediverse-app-blocking](https://www.theverge.com/2019/7/12/20691957/mastodon-decentralized-social-network-gab-migration-fediverse-app-blocking).
- Rudl, Tomas (2023, Februar 8): Twitter im Digitalausschuss: Transparenz mit Schattenseiten. In: [netzpolitik.org](https://netzpolitik.org/2023/twitter-im-digitalausschuss-transparenz-mit-schattenseiten). netzpolitik.org/2023/twitter-im-digitalausschuss-transparenz-mit-schattenseiten.
- Schmidt, Francesca (2021): *Netzpolitik. Eine feministische Einführung*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Seemann, Michael (2021): *Die Macht der Plattformen. Politik in Zeiten der Internet-Giganten*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- statista (2023): Biggest social media platforms 2022. In: Statista. [statista.com/statistics/272014/global-social-networks-ranked-by-number-of-users](https://www.statista.com/statistics/272014/global-social-networks-ranked-by-number-of-users).
- Stringer, Alyssa/Hatmaker, Taylor (2022, April 24): A complete timeline of the Elon Musk and Twitter saga. In: TechCrunch. techcrunch.com/2022/04/24/elon-musk-twitter-offer-timeline.
- Verständig, Dan/Biermann, Ralf (2017): Das Netz im Spannungsfeld von Freiheit und Kontrolle. In: Biermann, Ralf/Verständig, Dan (Hrsg.): *Das umkämpfte Netz*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–15. doi.org/10.1007/978-3-658-15011-2_1.
- Verständig, Dan/Klein, Alexandra/Iske, Stefan (2016): Zero-Level Digital Divide. Neues Netz und neue Ungleichheiten. *SI:SO*, 1, S. 50–55.
- Wikipedia (2023a): Fediverse. In: Wikipedia. de.wikipedia.org/w/index.php?title=Fediverse&oldid=230485386.
- Wikipedia (2023b): Mastodon (Software). In: Wikipedia. [de.wikipedia.org/w/index.php?title=Mastodon_\(Software\)&oldid=230788743](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Mastodon_(Software)&oldid=230788743).
- Zentralen für politische Bildung (2022, Juli 20): Positionspapier Politische Medienbildung. berlin.de/politische-bildung/politikportal/perspektiven-politischer-bildung/artikel.1193810.php.
- Zillien, Nicole (2018): Soziale Ungleichheiten. In: Hoffmann, Dagmar/Winter, Rainer (Hrsg.): *Mediensoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. Baden-Baden: Nomos, S. 304–310.

Informationen zum Autor



Prof. Dr. Valentin Dander ist Erziehungswissenschaftler und Medienpädagoge. Nach Stationen an den Universitäten in Innsbruck, Köln, Flensburg und an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach leitet er den dualen BA-Studiengang Medienbildung und pädagogische Medienarbeit an der Hochschule Clara Hoffbauer in Potsdam.

v.dander@hchp.de

Zitationshinweis:

Dander, Valentin (2023): Politische Medienbildung und Netzpolitik. Eine Re-Aktualisierung des ‚Diskurses der Informationsgesellschaft‘. In: *Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik – LBzM*, 23/2023. S. 1–11. doi.org/10.21240/lbzm/23/06.